

Titel der Drucksache:

**Azubis nicht gegen Studierende ausspielen -
 geregeltes Verfahren für eine mögliche
 Ausweitung des Kultursemestertickets**

Drucksache

1401/20

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für Bildung und Kultur Stadtrat	23.09.2020	nicht öffentlich öffentlich	Vorberatung Entscheidung

Beschlussvorschlag

01

Die Stadtverwaltung legt nach Einführung des Kultursemestertickets in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirat nach einem Semester einen Zwischenbericht und nach einem Jahr eine Evaluation vor.

02

Fällt der Zwischenbericht positiv aus, legt die Stadtverwaltung zum Zeitpunkt der Evaluation einen Prüfbericht vor. Dort legt die Stadtverwaltung dar, wie eine Integration von Azubis und Freiwilligendienstleistenden in das Kultursemesterticket, ggf. mit eigener Konzeption, zielführend wäre. Dabei sind die Bedarfe der Gruppen zu beachten, sowie die Umsetzbarkeit hinsichtlich der Ausgabe der Tickets, der Werbung und der Finanzierung. Gleichzeitig stellt die Stadtverwaltung Alternativen dar, welche von der Konzeption passgenauer auf die Struktur und Bedarfe ausgerichtet sind.

03

Die Stadtverwaltung prüft gemeinsam mit dem Schülerparlament, inwieweit es einen Bedarf bzw. den Wunsch für ein adäquates Jahresticket oder andere Angebote für Schüler*innen gibt.

05.08.2020, gez. i. A. 

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2020	2021	2022	2023
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Das Kultursemesterticket stellt eine große Chance dar, damit Studierende einen besseren Zugang zum kulturellen Leben bekommen. Gleichwohl bringt es auch kommunalen oder kommunalgeförderten Institutionen, je nach Modell, eine sichere Abnahme der Tickets. Auch können die Kultureinrichtungen neue Zielgruppen binden. Dabei ist zu beachten, dass die Stadt keineswegs die Kosten für das Kultursemesterticket übernimmt, sondern diese vollständig von der Gruppe der Studierenden getragen wird. Entsprechend ist das Kultursemesterticket keine finanzielle Bevorteilung gegenüber anderen Gruppen junger Menschen. Auch muss betrachtet werden, dass sich Studierende durch ihre rechtliche Mitgliedschaft an den Hochschulen der Teilnahme und der Beitragspflicht nicht entziehen können, auch wenn sie die Angebote nicht wahrnehmen wollen. Entsprechend bedarf es ggf. einer Urabstimmung zur Einführung an den Hochschulen. Nichtsdestotrotz gilt es den Zugang zur Kultur für alle junge Menschen zu erleichtern. Hierbei können Azubis nur eine Gruppe sein, denn gerade auch Freiwilligendienstleistende haben teilweise ein noch geringeres monatliches Budget als beide vorherigen Gruppen. Auch für Schüler*innen muss geprüft werden, ob aktuelle Angebote einen ausreichenden Zugang zu den Kulturinstitutionen darstellen. Daher soll in einem weiteren Schritt gemeinsam mit dem Schülerparlament über etwaige Schritte beraten werden.

Es gilt den zweiten Schritt nicht vor dem erstem zu machen. So muss erst das Kultursemesterticket für die Studierenden eingeführt werden, bevor sinnvoll über eine Ausweitung auf weitere Gruppen nachgedacht werden kann. Es ist Fluch und Segen für die Studierendenschaft hier die Pionierrolle innezuhaben. Ohne den hohen Organisationsgrad als Studierendenschaft wäre es nicht möglich, ein solches Ticket mit einer verlässlichen Gruppe und kritischen Masse an Teilnehmenden zu konzipieren. So könnten nach erfolgreicher Einführung und positiven Evaluierung, auch weitere Gruppe von der Konzeption des Tickets profitieren.

Offensichtlich kann es für Azubis, sowie für Freiwilligendienstleistende, nicht ein paralleles Ticket oder ein Beitritt als vollständige Gruppe zu dem Ticket geben, denn beide Gruppen verfügen weder über eine rechtliche Gemeinschaft mit gemeinsamer Beitragsordnung als auch einem übergeordneten Organ, welches die Bedarfe und Zustimmung artikulieren kann. So könnte ein Beitritt aktuell nur individuell erfolgen. Entsprechend muss die Frage nach Ausgabestelle, Anzahl der Interessierten und Finanzierung geklärt werden. Das gilt es wohlwollend zu prüfen, auch wenn das Angebot nur eine geringe Bekanntheit und Nutzung erfahren könnte. Hierbei gilt es den Aufwand für ein solches Ticket, sollte ein Ticket die sinnvollste Maßnahme sein, ausreichende Werbung zu veranlassen nicht zu scheuen. Auch gibt es die Herausforderung, dass ein Teil der Auszubildenden nur teilweise in Erfurt ist, bspw. nur für Berufsschule mit auswärtigem Betrieb.

Auf all diese Herausforderungen gilt es passgenaue Lösungen zu finden, statt voreilige Ausweitungen zu erwägen. Mit einer voreiligen und einseitigen Prüfung in Richtung ist den Auszubildenden leider nicht geholfen, insbesondere wenn die Voraussetzungen bspw. rechtlicher Natur nicht gegeben sind.

Möglicherweise ergibt sich bei einer Evaluation und Prüfung, nach einer Einführung des Semestertickets, bessere Möglichkeiten, um den betroffenen Gruppen einen vereinfachten Zugang und ggf. sogar mit einer finanziellen Erleichterung zu verschaffen. Dafür gilt es eine zielführende, sachgemäße Debatte unter Beteiligung der betroffenen Akteur*innen zu führen, statt Azubis unter falschen Vorzeichen gegen Studierende auszuspielen. Wenn wir die Mühe hinsichtlich eines verbesserten Zugangs zur Kultur auf uns nehmen, dann sollten wir auf sinnvolle Maßnahmen steuern, welche auch angenommen werden. Diese Beschlussvorlage soll Grundlage sein, für ein geordnetes Verfahren, welches den Bedarfen der jungen Menschen auch wirklich gerecht wird. Auch soll es eine eindeutige Willensbekundung des Stadtrats darstellen, allen jungen Menschen, trotz schmaler Kasse, einen Zugang zu Kultur zu ermöglichen!